DAS HOCHSCHULGESETZ-

TWINING TO BEEN WARREN

Nr. 55

15. Januar 1970

Stud. Seminar gestrichen

wurde von der Fraktionssitzung der Professoren in Abt. Sozial-wissenschaften das studentische Seminar im Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 70. Jaeggi hatte in seine Ankundigungen für besagte Schrift ein Seminar über "Sozioökonomie des Ruhrgebiets" aufgenommen: Veranstalter: eine Studentengruppe (Betriebsgruppe I).

Gegenüber den studentischen Vertretern wurde diese Maßnahme wie folgt "begründet": Studenten als Seminarleiter kön-

nen keinen Schein ausstellen, Das Seminar müsse also, wie z. B. in Abt. Jura das Demonstrationsrechtsseminar, unter der Ägide eines Lehrberechtigten laufen.

Hieran wird erneut deutlich, welchen Wert die Biedenkopf-Verfassung für uns hat: Unter den Begriff "autonome For-schungsgruppen" fallen selbstverständlich nicht eigenständige Seminare von Studenten, son-dern lediglich esoterische Dis-

in seinen 12.30-Uhr-Nachrich-ten mitteilte, besteht in Düsseldorf ein Schattenkabinett der CDU für die nächste Landtags-

Darin soll der Landesververbandsvorsitzende Köppler die Rolle des Ministerpräsidenten spielen, Lenz nimmt das In-

Wie der WDR II am Mittwoch nenministerium ein, für Biedenkopf, der in der Wirtschaft nicht mehr landen kann, wird eigens ein Wissenschaftsministerium vorgesehen. Hat er sich doch mit seiner Verfassung der RUB in CDU-Kreisen bewährt. Die CDU empfand den Zeitpunkt des Bekanntwerdens ihres Schattenka-binetts als verfrüht und distanzierte sich prompt davon.

Akadem. Hilfsarbeiter?

sind die Mittel für das Anfängerpraktikum der Physik (im Vorjahr 60 000 DM) ersatzlos gestrichen. So ersichtlich aus einem Schreiben des Kanzlers Seel vom 30. 11. 69 an den Dekan der Abteilung XII.

Folge: das Praktikum muß mangels Finanzierung einge-stellt werden. Offenbar geht der Kanzler bei solcher Planung davon aus, daß Physiker ihr Praktikum in Industriebetrieben ableisten sollen, um dadurch "besser" auf ihre zukünftige Be-rufspraxis vorbereitet werden

menarbeit zwischen Universität und Großindustrie im Interesse der letzteren wird sich gewiß be-

Dadurch und durch die Einführung eines Graduenten der Physik (Zwischenprüfung als Universitätsabschluß) soll offenbar ein akademisches Hilfsarbeitertum geschäffen werden, welches den Profitinteressen der Großbetriebe untergeordnet werden kann, indem es so mobil gehalten wird, daß es jederzeit reibungslos in dem sich ständig verändernden Produktionspro-zeß eingesetzt werden kann.

Rechtsberatung

findet ab sofort statt jeden Mo., Di., Fr., jeweils 12—14 Uhr Die Ermittlungen im Verfahren wegen Vietnam-Demonstration sind bereits aufgenommen. Keiner, der eine Einladung zur polizeilichen Vernehmung erhält, braucht hinzu-gehen. Falls einer doch hingehen möchte, um die Baulichkeiten näher kennenzulernen oder sich die Zeit zu vertreiben, sollte er nicht zur Sache aussagen. Das ist nicht nur nützlich, sondern auch legal. Die Taktik der Ordnungshüter und der politischen Justiz scheint derzeit dahinzugehen, allzu politische Leute "abzuschießen". Aber auch andere söllen in Angst versetzt werden, wie folgender Fall beweist: Ein Genosse, der seine Berufungsverhandlung erwartet, wurde vor we-nigen Tagen morgens von der Kripo aus dem Bett geholt, um ihn zu befragen, wo er die Weihnachtstage verbracht habe. Begründung: für den Berufungstermin sei eine Bombendrohung bei Gericht eingegangen. Der Spaß an der Sache ist der, daß der Genosse noch keine Kenntnis von diesem Termin erlangt hatte. Die halb fragende Behauptung der Polizei, er habe ja wohl seine Ladung zum Termin bereits erhalten, deutet die Richtung

an, aus der eine Manipulation unvollkommen vorgenommen worden

Gute Gelegenheit

Wilhelm Reich, Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse bisher 2,50, jetzt nur noch 1,50 DM! Karl Korsch, Was ist Sozialisierung, nur 1 DM

Zu ermäßigten Preisen aus dem Trikont u. ä. Verlagen: Ho Chi Minh, Gegen die amerikanische Aggression

Che Guevara zum Gedächtnis, Reden, Gedichte, Originalfotos von Che und anderen (Ho, Castro etc.) 3,50 DM

Lê Châu, Bauernrevolution in Süd-3,00 DM Vietnam

Vo Nguyen Giap, Volkskrieg 4,00 DM Volksarmee

C. Schuler, Black Panther — Zur Konsolidierung des Klassenkampfes 5,00 DM

Die Bücher von Ho, Giap und Châu zusammen: statt 9,50 nur 8,50 DM

Außerdem: die jeweils letzten Ausgaben der ROTEN PRESSE-KOR-RESPONDENZ, SDS — INFO etc.

Baracke 8, Zimmer 5, zwischen 11 und 14:30 Uhr, oder Mensa-Büchertisch täglich 12 bis 14 Uhr.

Streiken? - Wenn ja, dann richtig! Stellungnahme der BSZ Stellungnahme des AStA

Wir werden nicht gefragt. Uns wird dest auf Abteilungsebene die Mögein Hochschulgesetz (HSG) an den lichkeit offen läßt, weitgehende kopf geknallt, auf das wir keinen studentische Rechte zu erlangen. Einfluß nehmen konnten, ein Ge-setz, das uns die Kultusbürokraten aufoktroyieren. Auf unserem Rükken wird eine Hochschulreform ausgetragen, die nach 20 Jahren nie stattgefundener Bildungspolitik auf eine Reglementierung der gesamten Studienzeit hinausläuft, um die Studentenmassen in den Griff zu bekommen und sie nach außerwissenschaftlichen Kriterien zu verpla-

Bereits im März soll das Gesetz im Landtag verabschiedet werden. Mit bedeutendem Widerstand rechnen Kühn und seine Bürokratie nicht mehr. Der zweite Gesetzentwurf wurde den Studenten ver-kauft als "weitgehende" Veränderung des ersten, zum Teil mit Erfolg: Die RCDS- und DSU-AStAs in Bonn, Köln und Münster kom-men über Teilkritik nicht hinaus.

In Wirklichkeit ist - wie der Bochumer AStA nachgewiesen hat dieser Entwurf nur eine Neuauflage des alten, gegen den wir - unter anderen Bedingungen - ebenso vorgehen müssen wie im SS gegen den alten.

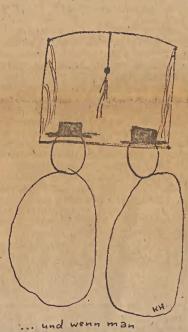
Das kann nicht heißen: 1. Die Verhinderung eines HG's, das die einzige Möglichkeit für das KuMi und die dahinterstehenden Lehrbetrieb lahmlegt! Ein aktiver

lichkeit offen läßt, weitgehende studentische Rechte zu erlangen. 2. Wir werden der Kultusbürokratie zu verstehen geben, daß wir vom ursprünglichen Text der Verfas-sung — mit freiem Hochschulzugang und Lernfreiheit — ausgehen; wir werden Abteilungssatzungen erkämpfen bzw. praktizieren, die Anwendung des HSG an dieser Universität unter sicherlich schwer-

sten Konflikten mit dem Ku-Mi, mit der Einsetzung von Staats-aufsichtsbeamten verhindern müs-Unsere Kampfform kann nur der Streik sein. Ein Streik, in dem wir dem KuMi unmißverständlich klarmachen, daß dieses Gesetz nicht

unser Gesetz ist!

Ein Streik, in dem wir unsere Forderungen für eine demokrati-sche Universität diskutieren, und in dem wir die Bochumer Verfassung, die als Instrument zur Verschlei-erung der weiterbestehenden Ordi-narienherrschaft konzipiert war, dazu benutzen, um unsere Interessen durchzusetzen. Wir müssen gegen den größten Teil der Professoren streiken, weil diese im stillen auf das HSG hoffen, da es bereits erkämpfte studentische Rechte wie-der rückgängig macht! Ein Streik, der entschiedenen Demonstrationscharakter hat, der den normalen



nicht mehr zieht dann fällt sie ganz automatisch in sich

dem, wie man zieht ... MARIONETTENTHEATER

Wirtschaftsinteressen darstellt, der Studentenmassen Herr zu werden und sie — per politisches Diszipli- unsere Forderungen diskutiert wernarrecht — zu zwingen, sich mög-lichst kritiklos in die Formierung von Wissenschaft und Universität

" Sie müssen verstehen,

an den Schnüren zicht,

dann zappelt die Gestalt

ganz automatisch, je nach-

lieber Kollege ... Wenn man

2. Zwar wurde der erste Entwurf aufgrund massiven Protests aller Seiten (Professoren, Assistenten, Studenten) zurückgezogen, aber die im Grunde unveränderte Neuauflage des Entwurfs macht deutlich, wie wichtig dieses Gesetz für die Herrschenden ist. Sie können es sich nicht leisten — auch angesichts des nahen Wahlkampfes -, diesen Entwurf erneut zurückzuziehen. Und da z. B. die rechten AStAs nicht bereit sind, effektiven Widerstand zu organisieren, ist es für das KuMi ein leichtes, dieses Gesetz, mit einigen Modifikationen vielleicht noch, im Landtag durchzube-

Es heißt vielmehr:

1. Wir haben inzwischen eine neue Verfassung dieser Universität, die zwar in wesentlichen Punkten nicht genehmigt wurde, aber zumin-

den. Wir werden Arbeitsgruppen bilden, die unsere Alternativen formulieren und sie zurück in die Vollversammlungen tragen! Das wird zwar von Abteilung zu Abteilung verschieden aussehen, dennoch gibt es Punkte, die als gemeinsame Forderungen aller Studenten in allen Abteilungen durchzusetzen

Weitgehende Mitbestimmung (Halbparität; Mitentscheidung bei Berufungen; Einrichtung eigener Studien- und Forschungsgruppen) in allen Abteilungsangelegenheiten. D. h. wir müssen die Professoren zwingen, während des Streiks intensiv mit uns über die neuen Abteilungssatzungen zu verhandeln, um so schnell wie möglich die Ver-zögerungstaktik der Profs zu durchbrechen und mit den neuen Gremien zu arbeiten. Das kann nicht nur Aufgabe der wenigen studentischen

Fortsetzung Seite 2

Grundsätzlich propagieren auch wir — wie AStA und SP — den Streik, obgleich der vorige AStA mit seiner Unterstützung der Biedenkopfverfassung falsche Hoff-nungen geweckt hat, so daß viele von euch enttäuscht sind, und auch diesem AStA nichts qualitativ Neues dazu einfällt. Der Bezugsrahmen jedoch stellt sich für uns folgendermaßen dar.

Uns geht es nicht um Freiräume zwecks privater Bildung im hum-boldtschen Sinne: Einsamkeit und Freiheit, jene Ideale, nach denen einst ein preußischer Kultusbürokrat glaubte, höhere Beamte des Königreichs Preußen produzieren zu können, gehören nach unserer Meinung auf den Müllhaufen der Geschichte.

Wir sind durchaus der Ansicht, daß die Studenten sich ihr Wissen nicht in privater Selbstschulung, sondern in Gruppen, in denen die beim Lesen entstehenden Fragen durchgesprochen werden können, erwerben sollen. Intentionen im HSG, die darauf gerichtet sind, halten wir für gut.

Aber wir haben auch kein Interesse daran, nach Bedarf irgendwelcher Bürokraten und ihrer spendenfreudigen Hintermänner aus der westdeutschen Großbourgeoisie studienmäßig verplant zu werden, so daß wir am Ende eines eifrigen und möglichst kurzzeitigen Paukstudiums zu deren Berufs,,angeboten" nur ja und amen sagen können, weil wir uns nur auf einem kleinen Gebiet einigermaßen aus-kennen und ansonsten die Klappe halten müssen. Wer von diesen Herren im BDI, die ihren Lakaien in Ministerialbürokratie und Landtag den Rahmen vorschreiben, in-nerhalb dessen sie ihre Gesetze basteln dürfen (sie können praktisch nur zustimmen, da sie keine wirkliche Massenbasis in der Bevölkerung haben), garantiert uns denn z.B. dafür, daß er uns mit dem, was er uns heute beibringen läßt, morgen noch braucht?

Je mehr wir von diesen Leuten abhängig werden, vielleicht sogar gut gemästet dabei, desto weniger Einfluß haben wir darauf, wann wir "geschlachtet", d.h. dem techni-schen Fortschritt, konkreter: dem Profit, den dieser für jene Herren abwirft, geopfert werden. Wir haben ja gelernt, uns zu fügen und zu glauben, daß alles, was da oben gemauschelt wird, irgendwie schon in Ordnung kommt. Unser Glaube an die gerechten Entscheidungen der angeblichen um so unerschütterlicher, je näher eine Entscheidung gegen sie auf uns zukommt, kleinbürgerlich-ängstlich, wie wir nun mal sind!

Wie viele von uns meinen nicht allen Ernstes, die Professoren könnten auch besser über Studienordnungen, Prüfungsordnungen, Gelderverteilungen, Bücherkäufe usw. entscheiden, bloß weil der eine oder andere von ihnen in seinem Spezialfach zufällig mal keine Niete ist? Wo bleibt da unser Selbstbewußtsein?

Bevor der Herr Professor auch nur den Mund auftut, wird er von den meisten von uns schon als Autorität — wie der Lehrer in der Schule, der einem Zensuren gibt,

Kommilitoninnen, Kommilitonen! wie der Vater in der Familie, der rundsätzlich propagieren auch einen verprügelt — "geschluckt" ir — wie AStA und SP — den und wir geraten aus irgendwelchen uns selbst nicht ganz kontrollierbaren Gefühlen ins Stottern. Machen wir uns nichts vor: das wird von manchem dieser Herren schamlos ausgenützt!

Prüfungen finden hinter Schloß und Riegel statt. Protokolle werden so geführt, daß wir Unrecht haben, auch wenn wir tausendmal im Recht sind. Das war bisher so. Dagegen haben die Studenten sich seit 2 Jahren militant gewehrt.

Das HSG will das noch verschärfen, indem es uns noch mehr ent-machtet.

Warum das alles? Man will verhindern, daß geschieht, was einst Kaiser Wilhelm vom Bau einer Ruhr-Uni befürchtete: daß sich die Studenten mit den Arbeitern verbünden könnten.

Denn dann ließen sich nicht mehr 80 Prozent der Bevölkerung von 3 Prozent Parasiten herum-

ABSTIMMUNGS-URNEN

JA, JB, NA: 10.00 - 16.00 Uhr Mensa: 12.00 - 14.00 Uhr. rotierende Urne bei

großen Vorlesungen. Studentenausweis mitbringen!

Stimmzettel liegen aus oder bei den Urnen.

TERRETERING DE LE PROPRIETA DE LA COMPANION DE

kommandieren, damit diese ihre dicken Gelder einstreichen und jene.. bei passender Gelegenheit (Rezession) als Dank einen Tritt in den Hintern geben können.

Wir sagen es euch ganz offen: Wir sind der Meinung, daß ein ka-pitalistisches HSG, wie es die "besseren" Vertreter des Kapitals in den politischen "Entscheidungs"-gremien, die Sozialdemokraten, verabschieden wollen, so lange un-vermeidlich ist und euch zu wohlgenährten (oder auch nicht!) Sklaven des Kapitals, vornehmer: mittlere Führungsschicht, herabwürdigen wird (wobei die goldenen Ket-ten immer mehr ihren Kettencharakter offenbaren), solange ihr nicht bereit seid, euch und die von euch betriebene Wissenschaft in den Dienst des Proletariats zu stellen, um es, das bisher noch von den Ideen der herrschenden Klasse beherrscht ist, zu befähigen, mit diesem Klüngel ein für allemal Schluß zu machen, bevor der sich einen erneuten Dreh zur Irreführung der Massen bei der nächsten Krise (Winter 1971) einfallen läßt. Die NPD ist zur Zeit tot, aber wer weiß... Vergessen wir nicht, wer sie als Reserve für den Ernstfall hochgepäppelt hatte! Auch Strauß stand ja mal von den Toten auf. Das HSG hätten beide nicht besser ausklügeln können!

Fortsetzung Seite 2



was trinken wir?

Schultheiss Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

20. - 23. JANUAR

Stellungnahme des AStA

Fortsetzung von Seite 1

Das bedeutet auch: Ab sofort tagt kein Gremium mehr im Sinne der alten Verfassung. Die Abteilungsversammlungen übernehmen ab sofort die Funktionen der Fakultäten, B. Einsetzung von Berufungskommissionen; Verabschiedung von Struktur- und Finanzplänen usw. 2. Studien- und Prüfungsordnungen, die einen unreglementierten

Studienverlauf ermöglichen, d. h.: keine Zwischenprüfungen (nichts anderes als verkappter Numerus clausus); keine Beschränkung der Wiederholbarkeit von Abschlußprüfungen; keine Zulassungsbeschränkungen; keine Studienzeitbe-schränkungen. D. h.: Möglichkeit von Teamarbeiten; Selbstwahl der Prüfer; Mitbestimmung bei der Themenauswahl bei Prüfungen; Selbstbestimmung des Studienver-

3. Kontrolle aller Forschungsvorhaben (s. die Argumentation im Ar-

tikel "Wer forscht für wen?"). 4. Formulierung anderer Studieninhalte, d. h. z. B. für die Lehrerberufe: ein neues Verhältnis von Theorie und Praxis, Verwissenschaftlichung der Praxis anstatt wie bisher "reine Wissenschaft" und in Zukunft borniertes Studium nach Berufsbildern; d. h. für die Naturwissenschaftler: Vermittlung soziologischer Grundkenntnisse, um aus der Kenntnis unseres Gesellschaftssystems die Verwertung ihrer wissenschaftlichen Forschungsergebnisse kontrollieren zu können.

Die Durchsetzung dieser Forderungen kann nicht auf einen Schlag erfolgen. Wir werden die Diszipli-nierung und Technokratisierung unseres Studiums ständig zu bekämpfen haben! Wir müssen langfristige Alternativen über den Inhalt unseres Studiums entwickeln, wir müssen stets neu überprüfen, mit welchem Wissensstand in welchem Gesellschaftssystem wir später arbeiten.

Aber nur die permanente politische Diskussion über das, was wir mit unserem erlernten Wissen anfangen, kann verhindern, daß wir als fachidiotische Spezialisten verkommen, die zwar intelligent für alles sind, was ihre enge Funktion angeht, aber dumm für alles andere, und jede Bedeutung der Wissenschaft für die Emanzipation aller Menschen aus den Augen verloren

Was können unsere Organisationsformen sein? Die während des Streiks arbeitenden Gruppen, die in ihrer Aufgabenstruktur von den Vollversammlungen festgelegt werden und ihre Arbeitsergebnisse dieser Vollversammlungen wieder zur

der Sitzung am 13. Januar 1970:

Antragsteller: Starostik (SHB)/

Nickolmann (FHV), die Fraktionen

im Studentenparlament unterstüt-

zen diesen Antrag: "Der Text für

Der Hochschulgesetzentwurf der

Landesregierung bedeutet in sei-

ner Konsequenz die völlige Regle-

mentierung des Studiums und die

Unterwerfung der Universitäten

unter die Herrschaft der Kultus-

bürokratie. Diese notwendigerwei-

se inhaltlich abstrakten Formulie-

rungen der Einwände gegen das

Hochschulgesetz müssen in den ein-

zelnen Abteilungen und Fachschaf-

ten konkretisiert und inhaltlich ge-

füllt werden. Dazu soll ein aktiver

Streik in der Woche vom 26. bis 30. Januar 1970 dienen, während dem in den Abteilungen diese Kri-

terien erstellt werden. Diese Aktion

den Urabstimmungszettel lautet:

Diskussion vorlegen, geben die Perspektive eines Widerstandes auf lange Sicht an:

Die Organisation in Studien- und Forschungsgruppen, die ihr Thema selbst bestimmen, bewahrt uns davor, uns kritiklos dem vorgesetzten Lehrstoff auszuliefern.

Die politischen Diskussionen in den Vollversammlungen und Massen-Teach-ins haben nicht nur die Aufgabe, Tagesprobleme der Abteilung zu beraten, sondern vielmehr uns einen Begriff zu machen von den Entwicklungstendenzen dieser Gesellschaft, uns darauf vorzubereiten, unter welchen Bedingungen wir unsere Arbeitskraft im Beruf verkaufen.

Dieses HSG sollte uns mit aller Deutlichkeit eins vor Augen führen: Die Skrupellosigkeit und der Zynismus (Ordnungsrecht als Bei-spiel), mit der in diesem Gesetz gearbeitet wird, um willfährige Halbfabrikate zu produzieren, ist nur ein Symptom für eine Gesellschaft, die durch Notstandsgesetze, organi-sierte Springer-Hetze und vor allem einem für "innere Notstände" wohlausgerüsteten Polizei- und Militärapparat bestens darauf vorbereitet ist, jegliche Emanzipationsbestrebungen zu unterdrücken. Um so stärker sollten wir unsere politische Rolle als Intellektuelle wahrnehmen.

Der Fall Papalekas und die kriminelle Bereitschaft vieler Naturwissenschaftler, z. B. neue Giftkampfstoffe zu entwickeln, zeigen welche Rolle Intellektuelle auch spielen können!

Nieder mit dem Hochschulgesetz! Nieder mit der technokratischen Hochschulreform!

Gegen Disziplinierung und For-

mierung unseres Studiums! Für ein selbstbestimmtes Studium! Für die Demokratisierung der Universität!

Für die Politisierung der wissenschaftlichen Intelligenz!

Der Streik ist nur sinnvoll, wenn eine möglichst große Zahl von Studenten sich mit den proklamierten Forderungen und Zielen solidarisiert. Deshalb rufen wir zu einer Urabstimmung über den Streik auf. Beteiligt Euch alle! Stimmt für den Streik! Agitiert Eure Kommilitonen! Euer bester Stimmzettel ist die aktive Vorbereitung und Teilnahme am Streik.

Termine: Uni-Teach-in 19. 1.14.00

Abteilungsvollversammlungen: Mathematik: 16, 1, 10.00 Uhr

Das SP zum Streik

Antrag im Studentenparlament in | auf die desolate Situation der Hoch-

deutlichen,

men.

soll außerdem die Öffentlichkeit gen einstimmig angenommen.

13. Januar 1970:

Maschinenbau: 20. 1. 14.00 Uhr HIC Geschichte: 21. 1.

tung und Notwendigkeit des Kamp-

fes gegen das Hochschulgesetz ver-

O Ich stimme für einen aktiven

Dieser Antrag wurde mit 18 Ja-

gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Ent-

haltungen mehrheitlich angenom-

Antrag der Fraktionen im Stu-

dentenparlament in der Sitzung am

"Das Studentenparlament fordert

jeden einzelnen Studenten an der

Ruhr-Universität Bochum auf, bei der Urabstimmung vom 20.—23. 1. 1970 mit ja zu stimmen und am ak-

Dieser Antrag wurde bei einer

Gegenstimme und drei Enthaltun-

tiven Streik teilzunehmen."

Streik in der Woche vom

26.-30. Januar 1970.

o Ich stimme dagegen."

Stellungnahme der BSZ

Fortsetzung von Seite 1

Ein Streik hätte u. E. die Aufgabe, die bisher vom Kapital und seinen Helfershelfern, z. B. geschäftemachenden Profs, genutzten Hilfsmittel der Wissenschaft selbst in die Hand zu nehmen.

Seid nicht zu skrupelhaft und wähnt etwa, ihr dürftet sie nicht anfassen, da sie ja vom Staat finanziert seien, einem Staat, der euch in den Schulen die Mär verkauft, ihr seiet der Staat! Man könnte ihn da beim Wort nehmen und sich als der Souverän gebärden, der man angeblich ist.

Allerdings nur, wenn man einig ist, da man sonst als Krimineller behandelt wird — im Gegensatz zu den wirklich kriminellen Elementen, von denen oben die Rede ist.

Laßt euch nicht von der Quasselbude SP auf 4 Tage beschränken! Besetzt sämtliche Institute und Bibliotheken und rückt nicht eher wieder heraus, bis Kühn seinen Entwurf in den Papierkorb geworfen hat oder ihr polizeilicher Übermacht weichen müßt!

Ihr wißt nicht, was ihr mit den besetzten Bibliotheken anstellen sollt? Nun, erst einmal stellt einen eigenen Ordnungsdienst auf die Beine, der überwacht, daß nichts geklaut und damit euch allen entzogen wird. Der auch die von den Professoren seit Jahren "privati- bleiben.

sierten" Bücher euch wieder zu-gänglich macht. Wählt einen Exe-kutivausschuß, der mit eurer Vollmacht ausgestattet für alles zuständig ist und den ihr bei seinen Maßnahmen schützt! Dann überlegt, wie man die Sachen mit längerfristiger Perspektive nutzen kann: es läßt sich besser darüber nachdenken, wenn man darüber erst mal verfügt. Man ist dann auch gezwungen, sich was Gescheites zu überlegen.

Streikt diszipliniert!

Vernichtet nicht unnötig, was ihr selbst gebrauchen könnt!

Wenn etwas den Herren in den Ministerien in die Knochen fährt, dann eine solche, konsequent und rücksichtslos betriebene Praxis. Hier könnt ihr von den Arbeitern lernen, die in Italien und Frankreich, im September auch in der BRD, ihre Betriebe besetzt haben und teilweise sogar die Produktion in eigener Regie weiterlaufen ließen. Bei der ÖTV spielt man z. Z. mit dem Gedanken, das RWE zu bestreiken. Überlegt euch mal, was das bedeuten würde! Auch unter der Polizei hat die ÖTV Mitglieder! Auch ein Streik der Uni-Angestellten für den Zeitraum unseres Streiks würde uns nur unterstüt-

Wenn ihr streikt, macht keine halben Sachen! Sonst laßt es lieber Die Redaktion

Legale Denunziation

Abteilung für Wirtschaftswissen- nicht in der Lage, eine "Warnkarschaft — Der Dekan — tei" zu führen, doch werden die

9. Januar 1970 An den Vorstand der Studentenschaft.

Betr.: Versendung von Listen mit Namen durchgefallener Examenskandidaten Auf Antrag der studentischen Ver-

treter hat sich die Fakultät der Abteilung VII in ihrer Sitzung am 7. 1. 1970 mit dem oben genannten Vorgang und einem beim Vorsitzenden des Prüfungsamtes nicht eingegangenen angeblichen "offenen Brief" befaßt. Sie stellt aufgrund ihrer Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Prüfungsamtes dazu fol-Das Prüfungsamt der Abteilung

für Wirtschaftswissenschaft schickt seit seinem Bestehen Mitteilungen über nicht bestandene Diplom- und Zwischenprüfungen an alle wirtschaftswissenschaftlichen fungsämter der Bundesrepublik und empfängt solche Mitteilungen von vielen auswärtigen Prüfungsämtern. Lücken bestehen lediglich aus Gründen bürokratischer Unzulänglichkeit

Der Sinn dieser Mitteilungen besteht offensichtlich darin, nicht zulässige dritte usw. Wiederholungsversuche der Diplomprüfung und ein entsprechendes Verhalten bei ggf. vorhandenen Zwischenprüfungen zu verhindern. Damit soll auch - im Interesse der Betroffenen schule aufmerksam machen und endlich jedem einzelnen die Bedeuvon der Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen abgeschreckt werden; die Versendung dieser Unterlagen liegt offensichtlich im Interesse der korrekt handelnden Studenten. Wie weit diese Regelung im Einzelfall effizient ist, hängt vorwiegend von der personellen Ausstattung der Prüfungsämter ab. Unser Prüfungsamt ist aus personellen Gründen leider Gez. Prof. Dr. Heigl, Dekan.

tei" zu führen, doch werden die Meldungen zur Prüfung mit den eingegangenen Listen verglichen.

Die ursprüngliche Rechtsgrundlage für diese inzwischen Gewohnheitsrecht gewordene Regelung liegt in folgendem:

Am 8. Februar 1923 hatte der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine erste Ordnung der Diplomprüfung für Volkswirte erlassen. In dieser Ordnung heißt es unter § 19: "Wer die Prüfung nicht bestanden hat, darf sie nur einmal und zwar frühestens nach einem halben Jahr wiederholen." In den beigefügten Erläuterungen schreibt der Minister am 26. Februar 1923 (Aktenzeichen U I Nr. 353.1.) auf Seite 3 f. zu

"Zur Durchführung des Satzes 2 bemerke ich folgendes: Es bestehen keine Bedenken, daß die Prüfung auch vor einem anderen deutschen Prüfungsamt wiederholt werden kann. Danach wird es notwendig sein, daß die Prüfungsämter nach Beendigung einer Prüfungsperiode den anderen Prüfungsämtern mitteilen, welche Prüflinge während dieser Periode nicht bestanden haben. Hierbei wird auch — jedenfalls auf Ersuchen eines anderen Prüfungsamtes — anzugeben sein, welche Noten in den einzelnen Fächern erteilt worden sind."

Offensichtlich ist die gegenseiti-ge Benachrichtigung der Prüfungssachlich gerechtfertigt und rechtlich gesichert. Es besteht daher kein Grund, den Kultusminister um eine Änderung zu bitten. Der oben genannte "offene Brief" wurde ohne vorherige Rückfrage beim Vorsitzenden des Prüfungsamtes angefertigt und verbreitet, was zu bedauern ist

Personalpolitik an der RUB

Etwa 30 Prozent der Stellen für das technische Personal im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften sind unbesetzt. Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten des vorhandenen Personals sind unzureichend. Die Industrielöhne für qualifizierte Techniker liegen um 25 Prozent höher als bei RUB. Das vorhandene Personal, weit davon entfernt, seinen Qualitäten entsprechend eingesetzt zur sein, konnte

"glückliche" Umoft nur durch "glückliche" Um-stände wie Konjunkturrückgänge in bestehenden Wirtschaftszweigen, Kränklichkeit oder Alter, "gewon-nen" werden. Die Zwangslage der Betroffenen wird gern ausgenutzt. Wen wundert's, wenn wegen dieser sozialen Personalpolitik kaum die notwendigen Arbeitskräfte auftreibbar sind?

Mehr darüber demnächst.

und der Bochumer SDS veranstalteten am 20. Dezember eine zentrale Demonstration für die Vietnamesische Revolution und gegen den US-Imperialismus. Dazu waren alle linken Gruppen von der Ruhr und aus dem Sauerland eingeladen. Die Disziplin der 3000 Teilnehmer selbst war gut in dem Sinne, daß die Polizei nicht unnötigerweise provoziert wurde, mit Ausnahme einer Handvoll frustrierter Anarchisten, die einem Polizisten, der ihnen nichts getan hatte, das Gesicht verbrannten. Schlecht war die Disziplin, was die äußere Form angeht. Die Roten Garden waren die einzigen, die einen relativ festen Block bildeten. Sie hatten auch die Plakate mit den Köpfen der großen Führer der Internationalen proletarischen Revolution, die in großer Zahl zu sehen waren, vorbereitet. Die Teilnehmer waren sich, von den wenigen Revisionisten der DKP und des Spartakus abgesehen, über den Sinn dieser Veranstaltung insofern einig, daß es bei dieser Demonstration nicht darum gehen konnte, die außenstehenden Passanten zu agitieren, sondern die organisatorische Zersplitterung der sozial-revolutionären Bewegung des Ruhrgebiets zu überwinden. Auf dem Treff

vorher stattgefunden hatte, wurde klar, daß die Frage nach der Organisationsform die wichtigste Frage für alle Gruppen im Augenblick ist. Auf der Demonstration sollte also nicht versucht werden, die breiten Massen der Klein-Bürger und (noch) unpolitischen Arbeiter anzusprechen. Vielmehr besteht die Aufdes antikapitalistischen Kampfes in der jetzigen dafür günstigen Phase darin, die Organisationen zu schaffen, die fähig sind, die kommenden Klassenkämpfe gegen die Bourgeoisie zu führen.

Es kommt darauf an, den Massen klar zu machen, daß wir den Kampf gegen unsere Kapitalisten aufnehmen müssen, wenn wir dem vietnamesischen Volke wirklich helfen wollen, denn durch die Schwächung des imperialistischen Weltsystems der kolonialen und neokolonialen Ausbeutung wird sich der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern wesentlich ver-schärfen, wodurch die Imperialisten gezwungen werden, ihre Macht im eigenen Land zu festigen.

Auf jenem Treff war auch ein Teach-in vorgeschlagen worden, auf dem nach der Demonstration das Konzept der Roten Garden und das des SDS verlesen werden und die

Der SDS hat keine einheitliche ideologische Grundlage erarbeitet Ziel seiner organisatorischen Arbeit war bisher die Gründung eines SALZ, eines Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlings-Zentrums. Das ist ein loser Zusammenschluß von regionalen Gruppen, die zum Teil sehr unterschiedlicher Auffassung sind. Ebenso sollte eine Zeitung gemacht werden. Das einzig organisatorisch Wichtige am SDS-Konzept war der überregionale Zusammenschluß, der aber schon längst von den Roten Garden durch die Errichtung von Bezirkskomitees erfolgreich praktiziert wird. Auf jeden Fall dient diese typische Art von studentischer Organisation, wo jedes kleine Königreich seine eigene Politik macht, nicht dazu, die Bedürfnisse und Meinungen der arbeitenden Menschen in unserem Teil des Landes zu konzentrieren. Vielmehr ist es die Handwerkelei von kleinbürgerlichen Intellektuellen, die sich ihre geistige "Freiheit" erhalten wollen, aber in Wirklichkeit Angst vor einer straffen marxistisch - leninistischen | Organisation haben!

Das machte ein Arbeiter deutlich, indem er sagte, daß er, der die Fabiets zu überwinden. Auf dem Treff des SDS verlesen werden und die brikdisziplin gewohnt ist, es für Partei, die K der linken Gruppen, das eine Woche Unterschiede von Vertretern der selbstverständlich erachtet, daß der Arbeiter, tun.

guten Organisation der Kapitalia sten eine noch bessere der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden

Wie notwendig aber die Schaffung einer engen und festen Arbeiterorganisation der Revolutionäre, eines Vortrupps der Arbeiterschaft d. h. der Aufbau der Kommunisti-schen Partei (M L) ist, erläuterte der Sprecher der Roten Garde. Gleichzeitig muß die Gründung der Massenorganisationen der Partei erfolgen, in denen alle sympathi-sierenden Kräfte des Volkes mit dem Marxismus-Leninismus vertraut gemacht werden und neue Kader herangebildet werden. Dabei bilden die Betriebszellen den wichtigsten Teil der Massenorganisa-

Die Argumente, die gegen einen solchen Plan hervorgebracht werden, entlarven sich bei näherer Betrachtung als kleinbürgerliche Angst vor der proletarischen Organisation und als Relikte des Antiautoritarismus. Den Marxismus-Leninismus verbreiten und einen entschiedenen Klassenkampf für die arbeitenden Menschen führen, das kann nur eine kommunistische Partei, die Kaderorganisation der

Esquadro da Morte-"Bild" war dabei

Der linke Terror muß gestoppt | schwerwiegender, käme die Reform werden — das wissen Millionen BILD - Leser, CDU - Wähler, Schmidt-, Strauß- und Kiesinger-

sogenannte freiheitliche Grundordnung muß mit allen Mitteln gegen linksradikale Politgammler geschützt werden — darüber sind sich die Herren Brandt, Wehner, Leussink, Stoltenberg und eine große schweigende Mehrheit einig Da linkes Tagwerk aus Bombenlegen, Scheibeneinschmeißen, Autoanzünden und Unzuchttreiben besteht, fällt alles was links ist unter die Rubrik "Kriminelles" und muß demnach im Sinne der Verbrechensbekämpfung behandelt werden; nach dieser Erkenntnis handeln Justiz und Polizei.

Aber, auch das ist dank BILD und Bayernkurier, FAZ und WAZ publik, die Verbrechensbekämpfung ist ebenso reformbedürftig, wie die Hochschulen, das Parlament, die kommunalen Bedürfnisanstalten. Wen wunderts, daß Bundestag, Landtag, Stadtrat, Junge Union und der SPD-Stammtisch Querenburg seit langem mit diesen Problenem ringen, denn trotz progressiver Vorschläge des BDI-Bosses Berg ist die entscheidende Frage Verbrechensbekämpfung noch immer nicht gelöst: Wo und wie ansetzen, den Hebel der Exekutive. den Knüppel der Polizei, den langen alten Arm der Justiz?

Da du, lieber Leser, in einer Gesellschaft Bedürfnisse befriedigst und tätigst, die bekanntlich das Gütezeichen "frei" für sich beansprucht, kann diese nach bewährten Geschäftsprinzipien funktionierende Gesellschaft nicht die Ursache sein für das Böse, Verwerfliche, Unzüchtige in dieser wonderful world.

Es müssen also andere Ursachen vorhanden sein, zum Beispiel: Es werden zuviele Kriminelle geboren oder, die schon existierenden Kri-minellen und radikalen Kreise üben aus: a) schädlichen Einfluß auf labile Nicht-ganz-so-Gute bzw. b) festgefügte allgemeinmenschliche und allgemeinwirtschaftliche Normen werden von den benannten Kreisen systematisch untergraben. Folgerung: Wertet man die erste Ursache (geborene Kriminelle) als

der Verbrechensbekämpfung der Einführung einer allgemeinen Geburtenkontrolle gleich. Dies wäre, arbeitsmäßig, durch die in tausendjähriger Praxis gestählte deutsche Bürokratie zu bewältigen, doch wer vermag sich anheischig zu machen. einem Säugling die spätere SPD-Karriere oder radikale Langhaarigkeit anzusehen; niemand. Folglich hat sich das Interesse auf die übrigen Ursachen zu konzentrieren! D. h.: Die erkennbaren kriminellen Kreise müssen bedingungslos bekämpft werden. Wie? Millionen BILD-Leser meinen:

Schafft den Schupos freie Schlaghand! Macht die deutschen Bullen stark!

Die Berliner Polizei, beseelt von altem Pioniergeist, ist in dieser Hinsicht vorbildlichste deutsche Polizeiarmee. Sie steigerte ihre Kampfkraft durch den Erwerb diverser Handfeuerwaffen, Granatwerfer und Miniaturartillerie; Millionen - begeisterter Dankschrei-

Daß die Polizeipräsidenten der übrigen Gaue diesem Beispiel noch nicht in gebührender Weise nacheifern, ist nicht zuletzt auf maneinschlägige 'Forschung zurückzuführen bzw. es fehlt an entsprechenden Erfahrungsberichten aus anderen fortschrittlichen Staaten. Das scheint jetzt anders zu werden: BILD hilft. Nr. 6 vom 8. 1. 1970 berichtet, nicht ohne den bekannten, zarten Fingerzeig, über erfolgreiche Aktionen einer brasi-lianischen Polizeieliteeinheit. (Anmerkung: Brasilien darf zu den fortschrittlichen Staaten werden. Es genoß solide christlichportugiesische Erziehung, der erste Wohlstand und die ersten Sicher-heit und Ordnung garantierenden Militärregimes verdankt es den uneigennützigen USA, zur endgültigen Sicherung von Wohlstand und Reichtum [der herrschenden Klasse] wird Deutschland sein bescheiden Teil beitragen, in Gestalt von VW, Mercedes und BASF, die zu den größten Unternehmen des freien, fortschrittlichen Landes zählen.) BILD berichtete auf S. 2, ein-

gerahmt von "10-Stunden-Tag für Liebesmädchen" und "Peter mußte seine Frau schieben" folgendes:

"Der erste Schinken liegt auf der Straße"

Brasiliens "Todeskommando" weiter auf Jagd

"Auf der Estrada da Pedra liegt der erste Schinken des neuen Johres!"

In diesem Gaunerjargon kün digte das berüchtigte brosiliani sche "Todeskommando" eine Zeitung in Rio de Janeiro dis er ste Verbrecherleiche 1970 an.

Am Totort lag neben der Leiche des Gangsters eine Visitenkarte der "Mardschwadton" — einem den Nagel gehängt. Dies Totenkopf und die Buchstaben "EM" (Esquadro da Marte) — ein scheren davenzukommen.

Zajantiger Songater entgeckt

Gerichtsmodiziner stellten souter fest: Wahrscheinlich wurde er bis zur Bewußilozigkeit gefoliert und später mit fünt Kugein ous einem Polizeikaliber niederge. streckt.

Wie etwa 1000 Menschen vor ihm war er das Opter eines Polizeikorps geworden. Eine Lynchbrigade von bulligen Beamten, die sich als Richter aufspleten. Da ihnen die Justiz zu läsch ist, ratten sie angeblich überführte Verbrecher wie Ungeziefer aus.

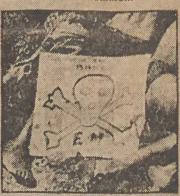
Bisher hat es kein Staatsanwalt gewaat, dem "Todeskommando" an den Krogen zu gehen. Die "Hinrichtungsbeamten" fühlen sich sogar so sicher, daß sie ihr Kom

Trotz allem - es sei davor gewarnt BILD falsch zu verstehen. Sie zählt zwar zur "Kampfpresse" (BILD-Chefredakteur und Straußfan Bönisch) der Rechten, doch geht aus diesem Bericht (s. o.) nicht eindeutig hervor, ob diese Methoden für die deutsche Polizei brauchbár sind oder nicht. BILD weist nur eindringlich darauf hin, daß, wie die Reaktionen der Opfer zeigen, die "Polizisten" (vorher noch mit "Todeskommando", "Mordschwadron"

Rie de Janeire, 8. Januar | mando-Abzeichen offen mit sich herumtragen. Trotz allem — die Polizisten

icheinen mit ihrem Terror Erfolg zu

hobeni Der Münchner Schauspieler Harald Diet! (56), er hat gerade fürs Doutsche Fernsehen einen Film Uber die "Mordschwadren" ge-dreht, berichtet: ich habe ent-kommene Opfer gesprachen. Sie haben ihren Verbrecherberuf an den Nagel gehöngt. Diesen Preis mußten sie bezohlen, um unge-



Die Visitenkarte des Todeskommandes: Ein Totenkapf und die Bueistaben "EM" (Esquadra da Morte)

etc. bezeichnet - man achte auf die Apostrophierung —) mit ihrem Terror Erfolg zu haben scheinen; und darauf kommt es ja in einer freien profitorientierten Gesell-schaft letztlich an — trotz allem. Daß Erfolg und (V)erfolgung nicht nur den Buchstaben nach verwandt sind, hat BILD in jüngster Vergangenheit trefflich bewiesen und sich von Millionen BILD-Lesern bestätigen lassen: — Bachmann war ein

Nicht nur umsatzmäßig und so.

Abt. VII:

Vollversammlungstermin!

Ordentliche Fachschaftsvollver-sammlung der Abteilung VII — Wirtschaftswissenschaft: Donnerstag, 22. Januar 1970, 11 Uhr.

Hörsaal: Tagesordnung: . Eröffnung

Festlegung der Tagesordnung

Anfragen an den Fachschaftsrat Bericht der studentischen Fakultätsmitglieder über den studentischen Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhles für Marxistische Wirtschaftstheorie mit 7. Verschiedenes.

Vorschlag auf Besetzung von Prof. Mandel.

5. Bericht der studentischen Fakultätsmitglieder über den studentischen Antrag auf Auskunft über und Einstellung von der Bekanntgabe von Prüfungser-gebnissen des Prüfungsamtes an andere Universitäten.

6. Urabstimmung und Streik gegen den Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung NRW.

Abt. Mathematik: Hilfskräfte im Streik!

Seit dem 1. Januar 1970 streiken die mathematischen Hilfskräfte.

Das Ende des letzten Jahres hatte einen erneuten Beweis für die skrupellose Anwendung professoraler/Macht erbracht. Nach Gerüchten über Entlassungen studentischer Hilfskräfte (20 Betroffene) und Kürzung ihrer Vergütungen um mehr als 1000 DM/Jahr (Semesterstatt Jahresverträge) mußten die Professoren der Abt. Mathematik auf der Fakultätssitzung vom 24. 11. 69 auf Anfrage der Studenten hin zugeben, daß Pläne dieser Art in aller Heimlich-keit ausgebrütet und teilweise bereits auf kaltem Wege in die Tat umgesetzt worden waren. Dieser selbstherrlicher Ordinarienpolitik hätte — falls er von Erfolg gekrönt wäre — zur Folge, daß nur noch in riesigen Übungsgruppen "gearbeitet" werden könnte: überfüllte Räume, ein Assistent rechnet von schweigenden Massen bestaunt — an der Tafel seine Ergüsse blitzschnell vor, um jedem Übungsteilnehmer noch die einminütige Fragezeit gewähren zu können. (Wahrscheinlich aber rechnen die Herren Ordinarien damit, daß der größte Teil der Übungsteilnehmer von sich aus die Konsequenzen ziehen wird.)

Die übrigbleibenden Hiwis hätten in größerem Umfang Korrekturarbeiten zu leisten. Einen Einfluß auf das Arbeitspensum hätten sie sowieso nicht, da dieses allein von den Professoren verfügt würde.

Auf der 1. Vollversammlung der math. Hilfskräfte wurden folgende Forderungen verabschiedet:

1. Eine die studentischen Hilfskräfte betreffende Neuregelung führt in keiner Weise zu einer Verschlechterung der finanziellen Si-tuation der Betroffenen gemessen am Status quo.

2. Hilfskrafteinstellungen geschehen für den Zeitraum von 12 Mo-

3. Die Zahl der Hilfskraftstellen orientiert sich am Bedarf.
4. Alle die studentischen Hilfs-

kräfte betreffenden Fragen werden von einer zu schaffenden Kommis-

Die 3. Forderung ist keine Tri-vialität, wie das von Professoren-seite behauptet wird: bei Einstellungen wurde über den Daumen gepeilt, jetzt sollen Entlassungen nach demselben Verfahren vorgenommen werden. Die steigenden Studentenzahlen und der auch von den Professoren geäußerte Wunsch nach kleinen Übungsgruppen macht eine Bedarfssteigerung wahrscheinlicher als deren Gegenteil. Eine genaue Bedarfsschätzung ist nur dann

Studentische Hilfskräfte. wehrt Euch!



möglich, wenn eine Kommission exakte Daten ausarbeitet. Auch zur Verhinderung von Mäuscheleien bei Einstellungen und Entlassungen sowie bei der Arbeitsverteilung und vor allem der Arbeitszeitberechnung ist die Kommission unum-gänglich. Bei mehr als 70 Hiwis ist es selbst dem Geschäftsführenden Direktor Kellerer nicht gegeben, die Entscheidungsfreudigkeit seiner Kollegen zu bremsen. Die Hiwis forderten Dekan Ewald auf, noch im Dezember die Initiative zu einem Fakultätsbeschluß über die

eigens die Fakultät bemühen; ansonsten kommentierte er die einzelnen Forderungen in dem Sinne, daß Hilfskräfte die Gnade einer Anstellung mit Dank zu akzeptieren hätten (schöne Prüfungsvor-Geldverdienen). Der Wunsch nach sozialer Absicherung der Hiwis durch Jahresverträge, wie sie bisher bestanden haben, wurde mit dem Hinweis: "Wir sind doch kein Wohlfahrtsinstitut" abgetan. Herr Ewald bekommt seine paar Mark ja auch nur lebenslänglich. Die Kommission erschien ihm nur als zusätzlicher Wasserkopf!

Diese krasse Ablehnung ihrer Forderungen beantwortete die 2. VV der mathematischen Hiwis am 18. 12. 69 mit dem Entschluß, ab 1. 1. 1970 in den Streik zu treten. Eine halbe Stunde vorher hatte der geschäftsführende Direktor noch versucht mit dubiosen Angeboten - um nicht zu sagen: Bestechung — die Delegierten der Hiwis zu verunsichern und die VV zu ent-

Mit diesem Streikbeschluß hatten die Hiwis am mathematischen Institut zum erstenmal ihre Lage erkannt, nämlich daß man für seine Rechte kämpfen muß, wenn man sich nicht zu willenlosen Günstlingen der Herrschenden erniedrigen lassen will. Erfolg: da der Dekan mittlerweile seine Grippe nehmen mußte, lud der Prodekan zu einem Gespräch ein, um einzulenken (23, 12, 69). Als die Delegierten der Hiwis nicht bereit waren, auf leere Versprechungen der Ordinarienclique hin sich darum zu bemühen, den Streik abzublasen, sondern verlangten, daß die wichtigste Forderung (die Kommission betreffend) behandelt würde, wurden sie vor die Tür gesetzt.

Der grippekranke Kohlenkellerchrist raffte sich noch am selben Tag zu einer verlogenen Weihnachtsbotschaft an jeden einzelnen Hiwi auf, die, ohne eine der For-derungen konkret zu behandeln, mit der Drohung schloß: "Damit wir zwecks sinnvoller Arbeitsver-Forderungen zu ergreifen. Seine teilung einen Überblick über die

einzige Reaktion bestand in der im neuen Jahr verbleibenden Hilfs-lakonischen Mitteilung, in dieser Angelegenheit könne er nicht hend um Mitteilung, ob Sie an dem geplanten Streik teilnehmen wer-

> Mit Ausnahme der von Ehlich (Mitglied der Strukturkommission) behüteten Hilfskräfte — was hat er versprochen oder gedroht? — schrieben sich 61 (von insgesamt 86) Hiwis in die Streikliste ein. Auf eine 12seitige detaillierte und sachlich gehaltene Informationsschrift der Streikenden reagierte das Ordi-narien, kollektiv" mit einer "Aufklärung", einem blöden Pamphlet, mit einem Weihnachtsbaum geziert, überall im NA-Gebäude zu besichtigen, das offenbar aus der Feder von Herrn Zieschang stammt, der den Namen der Kommission für Studien- und Prüfungsordnung ohne deren Ermächtigung für sich in Anspruch nahm. Immerhin sprangen einige Verwirrte ab.

Die bisherigen Behelfsmaßnah-men der Ordinarien, die die Arbeit auf ihre Assistenten und Sekretärinnen abwälzen, lassen sich jedoch auf die Dauer nicht durchhalten.

Die Hilfskräfte werden weiterstreiken, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Massaker in Haiti

Der britische Schriftsteller Graham Greene hat in einer Leserzuschrift an die Londoner "Times" das Regime von Präsident Francois Duvalier in Haiti beschuldigt, voriges Jahr in Cap Haitien ein Massaker begangen zu haben, das dem von My Lai in Vietnam vergleichbar sei. Um Haiti wieder für amerikanische Touristen anziehend zu machen, sei das Regime dazu übergegangen, sogenannte Kommuni-sten zu töten, schreibt Greene. Im Sommer 1969 habe es den Tod von 85 im Gebiet von Port-au-Prince gemeldet, und dieser "Erfolg" werde der Unterstützung durch den amerikanischen Geheimdienst CIA zugeschrieben.

(aus Frankf. Rundschau)

Preis: ab DM 4.462,20 a.W MODELL Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage. Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 I/100 km. C. M. SCHÖTTELDREIER 4630 B O C H U M Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36 In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung ergab 1966, daß von den Studierenden der Medizin und Rechtswissenschaft etwa 25 Prozent ihr Studium vorzeitig abbrechen, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften über 30 Prozent, in den philosophischen Fächern 50 Prozent. Der Heidelberger Psychologe fand 1965, daß 67 Prozent aller von ihm befragten Studierenden vom Studium enttäuscht, 52 Prozent durch seelische Schwierigkeiten in ihrem Arbeitsvermögen belastet, 36 Prozent niedergeschlagen und nervös waren, 17 Prozent - jeder 7. Student, jede 4. Studentin — wurden von ihm als "wirklich belastet" erkannt.

Soweit aus den wenigen Untersuchungen zur Psychologie der Studierenden ersehen werden kann, weist keine andere Gruppe der Gesellschaft so viele psychische Kranke auf (vgl. BSZ Nr. 50)

"Die Prüfung hat im Arbeitsleben der Studierenden eine zentrale Bedeutung. Es gibt wohl keinen Prüfungskandidaten, der nicht eine mehr oder weniger große Prüfungsangst erlebte. Aber es ist schwer einzusehen, weshalb diese Angst oft so stark wird, daß sie völligen körperlichen und seelischen Zusammenbruch hervorrufen kann.

Ist Angst' jeden Grades ein normaler Zustand vor einer Situation, bei der man weder getötet noch geschlagen und nur selten verhöhnt wird? Es muß also in der Prüfungssituation selbst im Moment verborgen sein, daß zum Anlaß derart großer Ängste wird. Der patriarchalisch geübte hierarchische Aufbau der Ordinarienuniversität ist sehr wohl geeignet, bei den Studierenden entweder massive Rebellionsoder Unterwerfungsreaktionen hervorzurufen. Im Verhalten zur Lehrautorität sind die unbewußten aufbewahrten Erinnerungen an Kindheitserlebnisse mit den Eltern, be-sonders an Strafsituationen mit dem Vater wirksam. Die klassische Neuauflage der Konfrontation mit den Eltern ist die akademische Prü-

Eine Untersuchung des Berliner | fung, denn die Urgestalt des Prüfers ist der Vater... Aus der Kindheitsgeschichte des Prüflings heraus wird die Prüfung als Wiederkehr von damals sehr konkreten, jetzt aber im Unbewußten wirksamen Situationen der Versuchung aggressiver oder liebender Wünsche und deren prompte Bestrafung durch die Eltern hingenommen, ohne daß der Kandidat sich an diese früheren familiären Situationen erinnern könnte, was man natürlich nur akzeptieren kann, wenn man davon ausgeht, im Individuum sei ein unbewußtes Seelen-leben wirksam, das die Kindheitserlebnisse aufbewahrt hat.

> "Viele neurotisch erkrankte Studierende zeigen auch übergroße Prüfungsangst; das ist verständlich, denn in keiner anderen Situation ihres Studiums treten ihre unbewußten Erlebnisse so dicht unter die Oberfläche ihres Bewußtseins wie eben in der Prüfung als einer Auseinandersetzung mit der Vaterfigur des Prüfers. Da es aber keinen Kandidatén ohne Prüfungsangst gibt, kann angenommen werden, daß selbst sonst gesunde Studierende auf die Prüfung teilweise neurotisch reagieren bzw. daß der psychische Streß althergebrachter Prüfungen selbst gesunde Studierende zu seelischem Fehlverhalten

> Möllers Untersuchungen zeigten, daß viele seiner Probanden gerade durch Störungen ihres Denkvermögens in der Prüfung behindert wurden: 50 Prozent litten unter Konzentrationsunfähigkeit, unter "Gedankenblock" und Verlust des Uberblicks, 63 Prozent unter Zweifeln, leichter Vergeßlichkeit und selbständig gewordenem, nicht mehr zu kontrollierendem Denken. Nach der Feststellung dieser erheblichen Denkstörung durch Prüfungsangst müssen Bedenken entstehen, inwieweit Prüfungsergebnisse allein die tatsächliche, intel-lektuelle Leistungsfähigkeit und das fachliche Wissen des geängstig-

> > Fortsetzung Seite 4

Der Vorstand der Assistentenschaft: Hochschulgesetz-Spiegel der Vergangenheit

- Wer unterstützt den aktiven Streik der Studenten? -

Wenn der Ministerpräsident den Entwurf eines Hochschulgesetzes vorlegt, so können darin zwei Ansichten und Absichten zum Ausdruck kommen:

- entweder besteht überwiegend die Ansicht, das Hochschulwesen sei gesund; die Absicht des Gesetzes müßte dann vor allem konservativ
- oder es besteht überwiegend die Ansicht, das bisherige Hochschulsystem sei für die Zukunft nicht geeignet; dann müßte das Gesetz in erster Linie Reformabsichten aus-

Die erklärte Ansicht der Lan-desregierung ist, daß die Zustände an den Hochschulen Reformen erfordern. Sieht man aber die Gesetzentwürfe an - der erste vom 11. 3. 1969 unterscheidet sich nicht wesentlich vom zweiten, der am 27. 10. 1969 vorgelegt wurde - so stellt man allenfalls auf dem Gebiet der Finanzverwaltung und erfreulicherweise auch in der Perso-nalstruktur Reformansätze fest, nicht aber in den angesichts der wachsenden Studentenzahlen dringlichsten Problemen der Studienreform. Die Bestimmungen über Einschreibung, Zulas-sungsbeschränkung, Studium und Prüfung und die Ordnungsvorschriften festigen im wesentlichen nur den Status quo oder stellen im Detail sogar Verschär-fungen dar, obwohl gerade hier aufgrund jüngster Untersuchungen der Hochschuldidaktik und des Rechtswesens (Demonstra-tionsrecht!) Großzügigkeit und Ansporn für Experimente nötig sind. - Der Entwurf weist die Entscheidung über das Mitwirken der Hochschulmitglieder an der Selbstverwaltung fast ganz (außer im Konvent) den Hochschulen zu, läßt also die leidige

Paritätenfrage erneut zum Streitpunkt werden. Die Fortschritte, welche die Verfassung der RUB seit Oktober 1969 er-möglicht, sind damit wieder verhindert. Die Verfassung wäre eindeutig gesetzeswidrig und müßte bei Inkrafttreten des Gesetzes zurückgenommen werden

Gesetzentwurf vermißt man durchweg ein zukunftweisendes Reformkonzept und findet statt dessen diejenige Vergangenheit widergespiegelt, konserviert und weiter gefestigt, die zur Misere der Gegenwart geführt hat.

Mit Unterstützung aller pen hat das Universitätsparlament in seiner Sondersitzung am 25. 12. 1969 den Entwurf des Ministernessidateten Ministerpräsidenten abgelehnt, Wenn es den Gruppen ernst ist mit ihrem Hinweis auf die Wichtigkeit des Gesetzes und seiner Ablehnung — das UP hatte die Sondersitzung nicht nur wegen des Umfangs der Materie, sondern auch ihrer Bedeutung wegen beschlossen — dann muß man auch von allen einen Ein-satz erwarten können, der über eine bloße Willenserklärung hinausgeht. Daß diese nicht genügt, hat sich bei den Hearings zum ersten Entwurf deutlich ge-

Die Gemeinsamkeit der Ab-lehnung scheint sich aber bei weiteren Aktionen aufzulösen:

- Die Stärke der Studenten ist ihre, den andern Gruppen fehlende, Bereitschaft, im Interesse einer Sache nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln; sie befürworten deshalb einen aktiven Streik.
- Die Stärke der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter liegt bei den Gewerkschaften, die sich aber erst seit einem Jahr für Hochschulprobleme zu interessieren beginnen. Die nichtwissenschaftlichen Mit-

arbeiter stehen wegen ihrer ≣ nicht auf die Universität zugeschnittenen Organisationsform ein wenig außerhalb des Kampfzentrums.

- Die Stärke der Assistenten erweist sich seit einigen Jahren im Konzipieren. Sie scheuen aber vor der Anwendung äußerster. Mittel wie Streiks zurück, sei es aus Bequemlichkeit, Mangel an Mut oder im Vertrauen darauf, daß ihre Konzepte sich durchsetzen werden.
- Die Stärke der Professoren besteht in ihrer Untätigkeit (in politischer Hinsicht): da sie eine stärkere Stellung als im bestehenden System nicht erreichen können, werden sie natürlich keine systemändernde Arbeit leisten.

Sind diese Grundhaltungen so unterschiedlich, daß keine gemeinsame Aktion zustande kommen kann? Meines Erachtens men kann? Meines Erachtens nicht. Der von den Studenten geplante Streik soll ein 'aktiver' Streik sein, d. h. keine Arbeitsniederlegung, sondern im Gegenteil intensive Arbeit in Diskussionen und Analysen des Hochschulwesens allgemein mit dem Ziel, die Gefahren eines dem Ziel, die Gefahren eines Gesetzes, das nicht wirksam reformiert, möglichst vielen Mit-gliedern der Universität zu ver-deutlichen. Da alle Gruppen, wenn auch nicht aus den gleichen Gründen, dem Gesetzentwurf schwerste Bedenken oder Ablehnung entgegenbringen, muß es zunächst selbstverständlich sein, daß sich niemand gegen einen solchen aktiven Streik stellt oder ihn behindert, es sei denn, aus taktischen Gründen. Stichhaltige taktische Gründe, die einen aktiven Streik schädlich für die Gesetzgebung erscheinen lassen, wurden aber bisher nicht vorgebracht:

 Das Argument, das Gesetz sei ja noch nicht beschlossen, ein Streik sei frühestens nach der zweiten Lesung oder nach Erlaß des Gesetzes angemessen, verliert seine Kraft, wenn man an die Erfahrung denkt, daß praktisch immer die zweite Lesung entscheidend ist. Später sind die Abgeordneten nicht mehr be-reit, ihre Arbeit rückgängig zu machen. Das Argument, im Falle

wirklicher Gemeinsamkeit der Gruppeninteressen solle das UP einen aktiven Streik beschließen, widerspricht nicht unmittelbar dem Streik einer einzelnen Gruppe. Viel-mehr könnte das UP diesen als Initialzündung zu eigener Aktivität auffassen.

Weiter muß es allen Mitgliedern der Hochschule möglich sein, einen aktiven Streik zu unterstützen, insofern als sie sich rege an Diskussionen, Seminaren und dergleichen über Hoch-schulprobleme beteiligen und das Für und Wider des Gesetz-entwurfs klarlegen helfen. Besonders die Assistentenschaft, wenn sie schon auf ihre Konzepte pocht, muß bereit sein, ihre Vorstellungen zu erläutern und vergleichender Kritik zu unterziehen. Wer die Stellungnahme des UP in ihrer sachlichen Härte unterstützt hat, darf jetzt nicht untätig zusehen, wenn es gilt, die im UP vorgebrachten schweren Einwände gegen den Entwurf der Öffentlichkeit nä-

herzubringen. Vielleicht scheut man sich mit Recht, einen Streik als äußerstes politisches Kampfmittel einzusetzen, aber man muß bedenken, daß ein Gesetz ebenfalls ein äußerstes Mittel ist.

Günter Dannhauer*

G. D. ist Mitglied des Vorstandes der Assistenten-

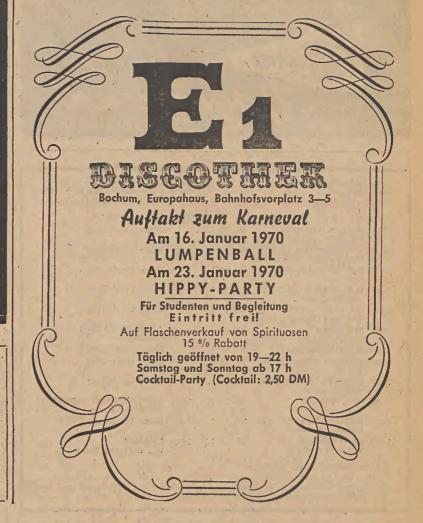
KUNST BÜCHER



Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen Spirituosen und Lebensmittel in Ihrer

Jrinkhalle Kotthoff (Mensaparkplatz) Im Ausschank: Coca Cola, Sprite eiskalt



Wer forscht für wen?

Das Universitätsparlament (UP) hat | inhabern antwortete einer, Herr | ohne chemische Industrie, dort liegt | finanziert die wissenschaftliche in seiner Stellungnahme zum Hochschulgesetzentwurf (HSGE) am 15. 12. 69 zum Thema Auftrags-forschung folgende Ergänzung des Gesetzes vorgeschlagen:

"§ 3 (3) Für die Genehmigung von Forschungsvorhaben, die aus Drittmitteln finanziert werden sollen, haben die Hochschulen ein Genehmigungsverfahren bei dem Fachbereich, in dem ein Forschungsvorhaben verwirklicht werden soll, festzulegen. Die Genehmigung hat mindestens folgende Voraussetzun-

a) Nachweis der Vereinbarkeit des Forschungsvorhabens mit We-sen und Aufgaben der Hochschule, b) Vorlage eines detaillierten Finanzierungsplanes,

c) Verpflichtung zur Publikation der Ergebnisse des Forschungsvorhabens,

d, Verpflichtung zur Vorlage eines abschließenden Forschungs- und Finanzierungsberichtes nach Beendigung des Forschungsvorha-

Vor Verabschiedung dieses Vorschlages fand eine lange Debatte über die sog. Auftragsforschung statt. Die Vertreter des AStA wiesen darauf hin, daß Auftrags-forschung ohne Kontrolle durch alle am Wissenschaftsprozeß Beteiligten notwendigerweise zu einer Fremdbestimmung der Wissen-schaftsinhalte und -verwertung führt. — Wer zahlt, bestimmt auch, wofür geforscht wird. - Die demokratische Kontrolle der aus Drittmitteln finanzierten Forschungsprojekte ist somit eine entscheidende Voraussetzung für die Demokratisierung der Universitäten. Die Mehrheit der UP-Mitglieder folgte dieser Argumentation und stimmte obigem Vorschlag zu.

Was zu erwarten war, folgte drei Wochen später. In seiner Stellung-nahme zum UP-Vorschläg lehnte der Senat die Forderung des UP mit der Begründung ab, die vom UP geforderte Kontrolle mache es unmöglich, Drittmittel für For-schungsprojekte zu erhalten. Der Senat hielt die Anwendung des Art. 50 der Verf. der RUB für ausreichend. Art. 50 Abs. 2 fautet: "Die Übernahme eines Auftrages ist an-zuzeigen, wenn bei seiner Durchführung die Sach- und Personalmittel der Abteilung in erheblichem Umfang in Anspruch genommen werden.

Praktisch bedeutet dies keine Kontrollmöglichkeit. Es ist nämlich damit keine Kontrolle durch irgendein: Gremium gewährleistet und weiterhin ist nicht gewährleistet, daß ein Auftrag überhaupt angezeigt wird, und wenn, dann wem? Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Die Fachschaft Jura wandte sich an alle Professoren der Abt. VI mit der Anfrage, welche For-schungsaufträge die Herren denn bearbeiteten. Von den 15 Lehrstuhl-dustrie betrug 1967 2,3 Prozent —

Biedenkopf. Der war der Meinung, daß diese Frage die Fachschaft wohl nicht zu interessieren habe, denn über die Unabhängigkeit seiner Forschung wache er selbst.

Wir sind der Meinung, daß darüber besser öffentlich gewacht werden sollte. Aber ehe wir uns zu der einen oder anderen Forderung entschließen, sollten wir nochmals deutlich fragen, wer ein Interesse daran hat, daß Auftragsforschung möglichst in dem Maße wie bisher und möglichst unkontrolliert stattfindet.

Für die Professoren ist dies ziemlich einfach: Forschungsaufträge bedeuten sachliche und personelle Mittel und zusätzliche Erwerbsquellen, für manche die Hauptrwerbsquelle. Es gibt an der Ruhr-Uni Bochum-Essen unseres Wissens mindestens drei Millionäre! Die Arbeit dafür machen natürlich Hiwis und Assistenten.

Der eigentliche Interessent und Nutznießer von Forschungsergebnissen ist aber die Industrie. Bis etwa zur Mitte der 50er Jahre war die ökonomische Entwicklung der BRD durch den wissenschaftlichen Wiederaufbau, zaghafte Lohnentwicklung, relativ beständiges Arbeitslosenreservoir, ständigen Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR, einen in einigen Sektoren relativ hoch entwickelten technischen Maschinenpark und den mit dem Marshall-Plan verbundenen Transfer anglo-amerikanischer Technologie gekennzeichnet. Das Ende der Wiederaufbauphase war gekennzeichnet durch volle Ausnutzung des Produktionsapparates und Arbeitskräftemarktes. Das bedingte die Ablösung von Erweiterungs- durch Rationalisierungsinvestitionen, was wiederum die ständige Steigerung des technologischen Fortschritts erforderlich machte. Hinzu kam, daß die Machtstellung wiedergewonnene des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt nur durch eine Spitzenstellung in der Technologie, also intensive Forschung gehalten werden konnte.

Dementsprechend entwickelten sich die Investitionen für Forschung und Entwicklung (FE). Die Industrie investierte von 1948 bis 1956 in ihre FE ca. 3,3 Mrd. DM, von 1956 bis 1968 den zehnfachen Betrag. Dabei ist als eindeutige Tendenz festzutellen: Während die Industrie ihre FE auf Projekte konzentriert, die versprechen relativ schnell gewinnbringend zu sein, fällt dem Staat die Aufgabe zu, die Grundlagenforschung zu finanzieren, denjenigen Teil der FE also, bei dem die Aussichten auf profitbringende Anwendung am unklarsten, das Risiko für das Kapital also am größten ist. Der Anteil der Aufwendungen für

er höher.

Den Sinn dieser Arbeitsteilung brachte W. Koeck, Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes chemischen Industrie, sehr deutlich zum Ausdruck: "Läßt sich nicht klar erkennen, ob ein bestimmtes Forschungsvorhaben bei angemessenem finanziellen Aufwand innerhalb eines nicht zu langen Zeitraumes durch seine gewinnbringende Aufwendung in der Bilanz eines Unternehmens einen positiven Niederschlag finden wird, dann ist eine solche Forschung der Privatwirtschaft nicht zuzumuten."

Der Staat trägt also das Risiko für das Kapital, während das Kapital den Nutzen daraus zieht. So stieg der Anteil der Wirtschaft an den aufgebrauchten Mitteln für FE von 54,6 Prozent (1962) über 57,6 Prozent (1964) und 56,5 Prozent (1965) auf 58,9 Prozent (1967), ihr Anteil an den FE-Aufwendungen stieg in diesem Zeitraum ebenso stark an wie der staatliche Anteil Während also die Industrie ständig steigenden Nutzen aus FE zieht. sollen die Wissenschaftsausgaben allein des Bundes bis 1972 überdurchschnittlich stark auf 6,5 Mrd. DM steigen. (Die gesamten öffentlichen Ausgaben für FE lagen 1968 bei 4,926 Mrd. DM, die der Industrie bei 5,25 Mrd. DM.) Die zukünftige starke Steigerung der öffentlichen Ausgaben für FE erklärt sich aus der wachsenden Bedeutung der big science", der Großforschung also, die, wie oben gesagt, von der Industrie nicht mehr finanziert werden kann (vgl. auch die Tabelle in dieser Ausgabe).

Der Widerspruch zwischen gesell-schaftlicher Produktionsweise und privater Aneignung der Produkte wird sich also noch weiter verschärfen. Auf die Konsequenzen — Anwendung der Wissenschafts-ergebnisse nur im Sinne der kapitalverwertenden Klasse, Pervertierung der Wissenschaft (Rüstung, Verschleißproduktion), ungleichgewichtige Entwicklung der Forschung, Monopolisierung der For-(Sperrpatente) schungsergebnisse usw. - sei nur hingewiesen, sie sollen Gegenstand der weiteren Information (BSZ, Naturwissenschaftler-teach-in) sein.

Eine besondere Bedeutung im Rahmen der privaten Aneignung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse durch das Kapital kommt

Grundausstattung (Einrichtung der Universitäten und Institute, Bezahlung des wissenschaftlichen Personals), und die Industrie bestimmt durch Forschungsaufträge, was, zu welchem Zweck und für wen geforscht wird. Das geschieht über verschiedene Stiftungen und Forschungsgesellschaften und direkte Forschungsverträge. Nach einer Aufstellung in "Wissenschaft im Klassenkampf" sind von den Mitgliedern der Handvoll großer westdeutscher Chemiekonzerne vertreten - 12 in Organen des Stiftungs. verbandes und verschiedener Stiftungen, 25 in Organen der industriellen Gemeinschaftsforschung und wissenschaftlicher Gesellschaften, 5 in staatlichen Lenkungsorganen, 21 in Organen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), 32 als zum Teil lehrende Honorarprofessoren an Hoch-schulen, 9 in Universitätsförderergesellschaften und schließlich 15 als Ehrendoktoren und -senatoren von Hochschulen. An der TU Berlin stammten 1968 von den gesamten Forschungsgeldern 5,36 Mio. DM aus dem Universitätsetat und 11,09 Mio. DM aus universitätsfremden Quellen. Hinzu kommt, daß bis zu 20 Prozent der in die Hochschuler gehenden Fremdmittel nicht einmal der Universitätsbürokratie bekannt sind. Der Öffentlichkeit ist ohnehin so gut wie nichts bekannt.

Das Rektorat wird nichts unternehmen, um zu verhindern, daß Wissenschaft und Forschung an der RUB weiterhin dem Profitinteresse des Kapitals dienen. Die Strukturkommission hat vielmehr recht eindeutig die Aufgabe der RUB definiert: "Die Ruhr-Universität hat aber nach ihrer Gründungskonzeption eine besondere Verpflichtung für das Ruhrgebiet (d. h.: für die Profite des Großkapitals im Ruhrgebiet; d. V.) übernommen und das in der neuen Verfassung bekräftigt. Im Ruhrgebiet dominiert gegen-wärtig eine Wirtschaftsstruktur ohne wesentliche Wachstumsraten oder sogar mit rückläufigen Umsätzen (Bergbau); so betreibt z. B. die Stahlindustrie keine nennenswerte Forschung mehr. Für die wirtschaftliche Existenz des Ruhrgebietes sind aber Wachstumsindustrien erforderlich, zu denen in erster Linie die elektrotechnische der Auftragsforschung zu. Der Staat | Industrie gehört. Dazu sind ortsan-

Wissenschaftsausgaben des Bundes nach Schwerpunktprogrammen 1962 bis 1969 in Mio. DM (Allg. Wissenschaftsförderung=I, Atomforschung=II, Weltraumforschung=III, Kriegsforschung=IV, Studienförderung=V):

1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
373.9	378,2	406,7	464,2	647,7	855,3	963,5	1068,2
311,9	335,4	422,3	454,6	590,7	707,2	672,9	782,9
10.8	50,5	141,0	143,6	177,3	268,4	295,6	351,2
410,3	547,9	649,2	704,2	760,6	968,9	985,3	1070,9
100,1	130,2	135,7	147,5	158,8	179,3	180,5	197,
 ,							

Watrins neuer Kollege

Dem dritten Fernsehen blieb es vorbehalten, eine zwar wissenschaftlich wenig interessante, für die reaktionären Ordinarien der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung und einen vermeintlich profilierten Aspiranten auf den Lehrstuhl "Marxistische Wirtschafts-theorie" wenig schmeichelhafte Sendung zu bringen. Gemeint ist die Diskussion über die angeblich Verschiedenen Wege des Sozialismus", ausgestrahlt im vergangenen Dezember. Diskussionsteilnehmer waren neben dem westdeutschen Ökonomen Raupach der revisionistische jugoslawische Wirtschaftstheoretiker Lang, Bochums Watrin und sein gerüchteweise neuer "mar-xistischer" Kollege Mandel, in der trotzkistischen "Vierten Internatio-nalen" unter dem Deckmantel "Ger-

Die Diskussion begann seitens Watrins damit, einerseits die Sowjetunion als ein "sozialistisches" Non-plus-ultra heraufzuspielen, andererseits die Kritik an ihr als komparatives Effizienzproblem zu bagatellisieren. Mandel wußte nichts Besseres, als sich unbesehen hinter die These zu stellen, die

Nach zuverlässigen Angaben ist Herr Laukien (Abt. Elektrophysik) so gut wie nicht in der Uni anzutreffen, weil er für die Bruker-Physik in Karlsruhe tätig ist. An seiner Abteilung wurden die Arbeitsplätze beschränkt, weil zu we-Lehrkräfte vorhanden

Herr Zerna (Abt. Maschinenbau), der Großverdiener ist (Brückenbau in Brasilien, Fernsehturm in Moskau), läßt seine Hiwis und Assistenten für sich arbeiten.

Auch Herr Papalekas verfügt über sehr gute Beziehungen zum Großkapital. (Wir werden noch eingehend darüber berichten.

Was haben solche Leute an der RUB zu suchen? Schmeißt die Laukien, Zerna, Papalekas aus der Uni!

sässige Forschungs- und Ausbildungskapazitäten dringend erfor-

Wir wissen nun besser, in wessen Interesse die Ruhr-Uni gegründet wurde, im Interesse von Krupp, Hoesch, Bayer (B- und C-Waffen!), Stinnes und der vielen anderen großen und kleinen Kapitalisten. Die Ruhr-Uni ist Erfüllungsgehilfe des Ruhr-Kapitals!

Wir fordern alle Arbeiter, Angestellten, Assistenten, Hiwis und Studenten auf: Denunziert das Bündnis von Kapital und Ordina-rien an Euren Abteilungen und Instituten! Berichtet über die Forschingsprojekte, die hinter dem Rücken der Öffentlichkeit ausgekungelt werden! Demokratisiert die Wissenschaft durch öffentliche

Sowjetunion sei tatsächlich ein sozialistisches Land, und die Widersprüche in der sowjetischen Gesellschaft seien nichts weiter als Ausdruck der Tatsache, daß verbürokratisierte Planungs- und Len-kungssysteme zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hemmnissen für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte würden. Für einen "orthodoxen Marxisten", wie sich Mandel selbst bezeichnete, eine sehr vereinfachende Sichtweise. Als "Marxist" müßte Mandel jedenfalls wissen, daß jede Wirt-schaftsform eine politische Dimension hat, Politische Ökonomie ist, Planungs- und Lenkungssysteme nicht vom Himmel fallen, sondern, wenn sie nicht auf die Interessen der arbeitenden Massen Bezug nehmen, Ausdruck anderer, bürgerlicher Klasseninteressen sein müssen, statt unter der Kontrolle des Proletariats, unter der Kontrolle einer neuen Bourgeoisie stehen. So hält es auch Mandel mit keinem Wort für nötig, auf tatsächlich existierende Beispiele volksdemokratischer Wirtschaftslenkung wie etwa in der Volksrepublik China einzugehen. Für ihn ist halt die Sowjetunion ein System des "unvollkommenen, unvollendeten So-zialismus", mit einer Bürokratie zwar, nicht aber, was tatsächlich der Fall ist, ein Land, das erneut den kapitalistischen Weg geht!

So mußte es sich dann auch der große "orthodoxe Marxist" gefallen lassen, von bürgerlichen Reaktionären à la Raupach darüber belehrt zu werden, "daß das sowjeti-sche System mit Marxismus überhaupt nichts zu tun hat."

Schützenhilfe für Mandel brachte der jugoslawische Sozialdemokrat Lang, dessen Praxiserfahrungen im angeblich "sozialistischen Jugosla-wien" den Großteil des Materials der Diskussion brachte. Mit dem stillschweigenden Einverständnis Mandels verbreitete er sich über die Vorzüge des neuen "sozialisti-schen Marktmodells in Jugoslawien und über andere Rekapitalisie-rungsversuche. Es klingt etwas seltsam, aber die besondere Pikanterie dieses Abends lag darin, daß auch Lang darauf aufmerksam gemacht werden mußte, diesmal vom gewiß nicht revolutionären Sprecher des WDR, daß es sich bei seinen Einlassungen um glatten Revisionismus handelte: "... das würde be-deuten, Herr Professor Lang, daß die sozialistischen Länder in einem Prozeß sind, wo sie bestimmte Voraussetzungen, die einmal, zumindest unter Lenin und Stalin, die Grundvoraussetzungen sozialistischen Wirtschaftens waren, über Bord werfen . .

Ach ja, zu Watrin wäre den Kommilitonen der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung nach diesem Abend nur eins zu sagen: reaktionäre quantité négligeable

Deshalb kann man auch sein Grundsatzreferat auf dem CDU-Wirtschaftstag 1969 übergehen.

Indien: Rote Region

In Andra Pradesch (Ostindien) darüber zeigten sich USA und wurde eine Rote Region ins Leben gerufen, in der sich die Bauern der Gutsherren entledigten. Besorgt tig machen.



SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

von Curt Goetz

g. V. = geschlossene Vorstellung

Hans Schalla Telefon Nr. 370 15

Einladung zum
Probieren Sie den zungenmilden
Pfeifentabak! 6 Pröbchen
gratis. Diesen Gutschein gratis. Diesen Gutschein senden an:

83 Landshut, Postfach 568 a

WOCHENSPIELPLAN für die Zeit vom 17. bis 27. 1. 1970 ANDERUNGEN VORBEHALTEN

von Wolfgang Bauer



	SCH	AUSPLELHAUS			KAN	IMERSPIELE
	20.00	DIE HOCHZEIT DES FIGARO / von Mozart (G)	Sa.	17. 1.		Keine Vorstellung
	15.00	ROTKAPPCHEN Märchenspiel von Schwarz	So.	18. 1.		Keine Vorstellung
	20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	So.	18. 1.		Keine Vorstellung
	20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Mo.	19. 1.		Keine Vorstellung
	20.00	MY FAIR LADY Musical v. Lerner/Loewe (G		20. 1.	1 3 1	Keine Vorstellung
	20.00	MY FAIR LADY Musical v. Lerner/Loewe (G		21. 1.	20.00	ALLES IM GARTEN von Albee
	20.00	5. KAMMERKONZERT	Do.	22. 1.		Keine Vorstellung
1	20.00	DER UNBESTECHLICHE von Hofmannsthal	Fr.	23. 1.	. dec	Keine Vorstellung
	20.00	RICHARD DER ZWEITE von Shakespeare	Sa.	24. 1.		Keine Vorstellung
	20.00	HOKUSPOKUS von Curt Goetz	So.	25. 1.	20.00	MEIN NAME IST SPOFFOR
	20.00	RICHARD DER ZWEITE von Shakespeare	Mo.	26. 1.		Keine Vorstellung
	20.00	HOKUSPOKUS	Di.	27. 1.	20.00	CHANGE

(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

"Bochum, den 13. Dez. 1969 An der Girondelle 14 Betr.: BSZ Nr. 52 vom 20. Nov. 1969

- J. Reimann-Spartakus

Sehr geehrte Herren,

Sie sollten es nicht verabsäumen, Ihrem Kollegen Reimann Nachhilfeunterricht in Tagespolitik zu geben. Wie er in seinem Artikel aktenint, 1st läufig, daß eine Woche vor dem 20. Nov. nicht Landtagswahlen stattgefunden haben, wie er zu schreiben sich nicht scheut, sondern Wahlen zu den kommunalen Parlamenten. Solche Unkenntnis sim-pler Fakten verträgt sich schlecht mit der elitären Arroganz, die Herrn Reimann feststellen läßt, daß für den SDS die sozialdemokratischen Funktionäre keine Diskussionspartner mehr seien. Wahrscheinlich haben die sozialdemokratischen Funktionäre zu sehr mit landläufig bekannten Fakten argumentiert, den Funktionären des SDS nicht bekannt waren.

Des weiteren ist der Artikel des Herrn Reimann überaus geeignet, augenfällig zu demonstrieren, warum es dem SDS nicht gelungen ist, die Arbeiter trotz allen Umwerbens Solidarisierung mit dem SDS zu bewegen. Dieses unausgegorene SDS-Chinesisch, das versucht, Ba-nalitäten und Binsenwahrheiten mit mächtig kompliziertem Wortschwulst als tiefe Einsichten zu kaschieren, kann ein Arbeiter nicht verstehen. Wer es versteht, kann es nicht goutieren. Intellektueller Hochmut verträgt sich weder mit intellektueller Ehrlichkeit noch mit dem Gedankengut Lenins.

Mit den besten Wünschen für ein freundliches Fest vom Väterchen Frost — so heißt nach meinen Kenntnissen das hier als Weihnachten bezeichnete kommende Fest in der Sowjetunion - und freundlichen Grüßen — bzw. wenn Sie so wollen, auch mit "Rot Front"! Konrad Beyerle"

Anm.: In der Tat wurde in dem vorgenannten Artikel "Spartakus/ DKP steigt groß ein" in der BSZ Verwechslung beruhte jedoch nicht

auf mangelnde tagespolitische In-formation. Der Druckfehlerteufel schlich sich in diesem Fall trotz intensivem Korrekturlesen ein.



Liebe BSZ! langjähriger Leser von Dein wertesten Inhalt freue ich mich immer wieder, etwas von dem machtvollen Kampf der ausgebeuteten indischen, vietnamesischen und arabischen Proletarier gegn Faschismus, Imperialismus, Scho-winismus, Kapitalismus, Spätkapi-talismus, böse Ausbeuter, Bursch-wasie und Juden zu lesen. Leider hast Du aber bis jetzt nichts von dem heldenhaften Kampf der Arbeiterklasse auf den Swan-Inseln (sprich: su-oohn) in der Karibisch Karibischen See geschrieben. Die Inseln haben 28 Einwohner und werden von einem amerikanischen Guwernör yerwaltet, der ist jüdischer Professor, war bei Adolf Gaulaiter und ist jetz Ausbeuter — klar? Und weil da der Spät-Monnopol-Imperialismus ganz schlimm war, machten die Arbeiter Revoluzzion: Sie erkannten spontan, da der Motor vom Auto vom Guvernör innerhalb von einer halben Stunde leicht in einen Wasserwerfer eingebaut werden kann, um dann den weltweiten Kampf von den Pro-letariern zu ersäufen. In einer massenhaften Demonstazion zerschlu-gen fümf Arbeiter den ausbeuterischen Motor (Produktifkraft) und entlarften gleichzeitig den lattenten Faschismus vom Guvernör: der war nämlich darüber sehr böse und

Aber das war ers der Anfang. Die proletarische Bewegung FDPCS (zu unterscheiden von der FPCS und den Bombenlegern in Berlin) machten aktiven Sex-Streik: Sie zeugten für die Kapitalisten keinen proletarischen Nachwuchs mehr, sondern nahmen die Produktionsmittel selbs in die Hand. Und dann passierte genau das, was in Deiner Dezemberausgabe unter "Bekämpft DKP steigt groß ein" in der BSZ die Ausbeuter" stand: Die Kapita-Nr. 52 die Kommunal- mit der listen sagten — ich zitiere Dich, Landtagswahl verwechselt. Die liebe BSZ: "Entweder ihr laßt euch

BSZ-Leser antworten

daten auf die Inseln, die im Jahr siehst Du, was denen die Ausbeutung, wie in Vietnam auch, wert ist. Und danach fragst Du, liebe BSZ: "Und ist es in Südamerika, in lichen! der ganzen sogenannten (?) Dritten Welt, denn irgendwo anders?" Nein, liebe BSZ, möchte ich antworten,

ganz gewiß nicht, wie Du siest. Um das den Bochumer Studenten, die sich bestimmt brennend um die Anliegen von den Swan-Proletariern interessieren, in den nächsten Ausgaben zu beweisen, bitte ich Dich: Nimm doch einen meiner Freunde von den Swan-Inseln in Deinen ohnehin schon internazionalen Redaksionstab auf!

P. S.: Ich freu mich, daß eine Reihe von Firmas Deinen Kamf gegen Ausbeutung mit Anzeigen unterstüzt. P. P. S.: Kannze ruhig veröffent-

Dein lieber Klaus-Peter Monk Proletarier

PRUFUNGSANGST

Fortsetzung von Seite 3

ten Prüflings repräsentieren. Die Ordinarienuniversität wird nicht freiwillig vom Sozialisationsinstrument der Prüfung lassen, denn in keiner anderen Situation des Studiums wird so direkt gesellschaftliche Macht ausgeübt. Dieser autoritär gehandhabten Leistungskon-trolle, deren Wert schon durch die erschreckende Häufigkeit starker, leistungshemmender Angstzustände bei den Prüflingen in Frage gestellt wird, entziehen sich ja viele Studierende durch einen vorzeitigen Abbruch ihres Studiums. Besonders Studentinnen, von denen die Hälfte ihr Studium vorzeitig beendet, scheinen unter dem Eindruck des bevorstehenden Examens auf diese Weise zu umgehen. Eine Lösung zeichnete sich erst in einer demokratischen Universität ab, in der das Privileg der autoritären Prüfung durch eine kontinuierliche Folge von Forschungsarbeiten er-setzt würde, an der die Mitglieder der Universität — und dazu zählen die Studenten — gleichberechtigt beteiligt wären.

Daß hieße aber auch, daß in diesen Forschungsprojekten kooperativ gearbeitet würde. In seiner bestehenden Form ist das Studium und seine Abschlußprüfung orientiert am Status- und Konkurrenz-denken, das den Studenten im Beruf erwartet. Das Studium ist die individuelle Aneignung eines vor-gegebenen Wissensstoffes. In der rwechselt. Die hte jedoch nicht gespolitische Intruckfehlerteufel m Fall trotz inclesen ein.

Die Redaktion

Tätelte Bell, Beruf erwarlet. Das Stadtmin ist die Liebe BSZ: "Entweder ihr laßt euch individuelle Aneignung eines vorausbeuten und verkauft eure Rohstoffe (?) zu niedrigen Preisen, damit wir in Saus und Braus leben können, oder wir kommen und erschießen euch, eure Frauen und Die Redaktion

Tätelt erwarlet. Das Stadtmin ist die Zeichnungen: Krisch
Anzeigenleitung: W. Vogelsang, H. Salman Prüfung muß der Student — "wie im Leben" — seinen Mann stellen, sich bewähren. Bei kooperativer wirsenschaftlicher Arbeit würde erschießen euch, eure Frauen und Kinder". Sie stazionierten 100 Sol
Die Redaktion

Tätelt erwarlet. Das Stadtmin ist die Zeichnungen: Krisch
Anzeigenleitung: W. Vogelsang, H. Salman Prüfung muß der Student — "wie im Leben" — seinen Mann stellen, sich bewähren. Bei kooperativer wissenschaftlicher Arbeit würde ach eine Vorstand der Redaktion wieder.

Wissenschaftlicher Arbeit würde in dividuelle Aneignung eines vorausbeuten und verkauft eure Rohstoffe (?) zu niedrigen Preisen, damit wir in Saus und Braus leben können, oder wir kommen und erschießen euch, eure Frauen und Kinder". Sie stazionierten 100 Sol
Die Redaktion

gehoben, das der Student als Angst empfindet, sondern auch der feti-schisierte Begriff geistigen Eigentums. Zudem könnten Teams Formen kreativer Arbeit erproben, die bei der vom Statusdenken motivierten individuellen Arbeitsweise des traditionellen Universitätsbetriebs nicht möglich zu sein scheint."

Die wissenschaftliche Spezialisie-rung drückt sich als Entfremdung wissenschaftlicher Arbeit vom einzelnen Wissenschaftler aus. Zumal wenn Forschen und Lernen auseinandergerissen sind und die Studenten am Forschungsprozeß nicht be-teiligt werden, erleben sie ihre Arbeit nur als passiv-konumptiv, als bloßes Erlernen herausgerissener Momente des Ganzen, nicht aber als eigene Entäußerung, als "Aus-sich-heraus" (Bloch), als aktives Eingreifen in den Wissenschaftsprozeß selbst.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner, SHB; C. Holtgreve, HSU; S. Sip-pel, SDS; M. Starostik, SHB) Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmenn, Norbert Otte, Jörg Reimann, Hamid Sadik Salman.

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität) Auflage: 8000 Exemplare Zeichnungen: Krisch